

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-73151](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-73151)

Der Ammerländer

(Gespräch Nr. 5.)

erschient täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis fürs Vierteljahr durch die Post frei ins Haus bezogen 4,22 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postwechsel und Anzeigenträger nehmen Bestellungen entgegen.
Anzeigengebühren für die einpaltige Zeile (ober oder unten) für Auftraggeber aus dem Freistaat Oldenburg 30 Pfg., für außerhalb des Freistaats umgehende 35 Pfg. Bestellungen laufen 1 Wk. bis 3 Wk. in regelmäßigen Abständen bis 3 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Anzeigen werden am Tage vorher erbeten.
In die Rückgabe unverlangt eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Recht auf Abdruck geht verloren, wenn Anzeigen-Gebühren durch gerichtliche Mittel nicht eingezogen werden können. — Nachdruck von Artikeln der Zeitschrift wird nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Preis wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 165.

Westerstede, Freitag den 18. Juli 1919

59. Jahrgang

Reichsnoteopfer.

Um einen schönen Namen für die ungemein inhaltreiche Gabe, die der neue Reichsfinanzminister den deutschen Steuerzahlern überbringt, ist er nicht in Verlegenheit gewesen: Ein Reichsnoteopfer soll es sein, das der Besitz der äußeren Not des Reiches durch eine große Abgabe vom Vermögen darbringt. Herr Erzberger folgt damit dem Beispiel, das schon in der Vorkriegszeit mit dem Wehrbeitrag gegeben wurde. Damals hatten wir uns noch einer außerordentlichen Stimmung im Lande zu erwehren. Jetzt, nach dem Kriege, haben andere Empfindungen von den Gemütern Besitz ergriffen, und ob selbst die Veredelung eines Erzbergers imlande sein wird, darin noch einen Wandel herbeizuführen, mag zweifelhaft erscheinen. Auch der Vater der Vermögensabgabe gibt sich darüber wohl keiner Auskunft hin, denn sein Geleitzentwurf spezifiziert, soweit ersichtlich, nirgends auf die freiwillige Mitwirkung der Steuerpflichtigen, bei der hier bezweckten Umdenkung der äußeren Not des Reiches. Er arbeitet mit Zwangsmitteln, mit schmerzlichen und starken Eingriffen in die Besitz- und Vermögensverhältnisse, um das große Ziel, das er sich gesetzt hat, unter allen Umständen zu erreichen.

Die Notwendigkeit einer großen Vermögensabgabe wäre uns nicht eripart geblieben, auch wenn der Weltkrieg für uns einen anderen Ausgang genommen hätte. Denn schon bis zum Ausbruch der Revolution hatte die Verschuldung des Reiches einen Grad erklommen, dem nur mit ganz außerordentlichen Abstrichen beizukommen war. In den acht Monaten seit Ausbruch der Revolution haben sich unsere Geld-, Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse noch so über die Maßen verschlechtert, daß das Messer des Finanzoperateurs noch ungleich tiefer schneiden muß, wenn in absehbarer Zeit überhaupt eine irgendeine in Betracht fallende Erleichterung unserer ungeheuren Schuldenlast eintreten soll. Der Reichsfinanzminister Erzberger greift deshalb fröhlich zu. Seine Vermögensabgabe soll bereits bei einem Besitz von mehr als 5000 bis zu 50000 Mark mit 10 % beginnen, um für die nächsten 100 000 auf 12 % zu steigen und sich dann von Hundert auf Hunderttausend Mark weiter um 5 % zu erhöhen. So kommt man sehr bald auf 50, auf 60, und erst bei 85 % hört die weitere Steigerung auf. Wer danach z. B. im staatlichen Besitz von 100 Millionen abzuliefern, eine Leistung, die gewiß in der Steuergeschichte aller Zeiten und Länder nicht ihresgleichen findet. Herr Erzberger läßt allerdings nach Möglichkeit zu mildern, was sich mildern läßt; insbesondere weist das Kinderprivileg bei seinen Vorschlägen eine erhebliche Rolle. Auch ist er selbstverständlich so klug, die Entlastung dieser Abgaben auf einen langen Zeitraum zu verteilen — 30 und unter Umständen sogar 50 Jahre —, wenn auch nicht ohne das Verlangen nach 5%iger Verzinsung der nicht bezahlten Summen und nach Sicherstellungsleistung für ihre prompte Abtragung. Daß er als Stütze für die Ermittlung des Vermögenswertes den 31. Dezember 1919 festsetzt, wird allseitige Zustimmung finden, weil es hier unbillig wäre, die mannigfachen Vermögensveränderungen, die sich im Laufe dieses Jahres zugetragen haben, unberücksichtigt zu lassen. Auch das Gesteine, Verleihen oder Gegenstände aus Edelmetallen dem steuerbaren Vermögen zugehört werden sollen, ist nur recht und billig, während die Vorkehrung, daß Kirchen und milde Stiftungen von der Abgabe befreit sein sollen, nicht unüberprüfbar bleiben dürfte. Wer, statt von der dreißigjährigen Zahlungsfrist Gebrauch zu machen, die Abgabe schon bis zum Schluß des Jahres 1929 in ihrer vollen Höhe loswerden möchte, kann dabei Kriegsanleihen und andere Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches in Zahlung geben, mit der Maßgabe, daß den Kriegsanleihenbesitzern ihre Anteilsstücke zum Nennwert angerechnet werden — wobei sich unter Umständen für sie ein recht hübscher Gewinn ergeben kann. Eine eigene Reichsbank soll gegründet werden, um die ungeheuren Vermögenswerte aufzunehmen und zu verwerten, die hiernach dem Reichsfinanzminister in den nächsten Jahren und Jahrzehnten zufließen werden. Sie sind ausschließlich für die Tilgung der Reichsschuld bestimmt, deren Gewicht uns erdrücken muß, wenn nicht sehr bald für eine grundlegende Sanierung unserer Steuer- und Schuldverhältnisse gesorgt wird.

Das Ziel ist ein zweifaches des Schwere der Götter wert. Herr Erzberger ist hierdurch entschlossen, seine ganze, nicht geringe Latenzkraft dafür einzusetzen, um die Vorlage deren Umfang auf nicht weniger als 20 bis 30 Milliarden Mark gesenkt wird, so reich wie möglich unter Dach zu bringen. Er weiß natürlich sehr genau, daß er dabei in Weimar auf außerordentlichen Widerstand stoßen und daß der Lebenswille der Erwerbstätigen in Stadt und Land Feler und Morbid schreiben wird, weil das Opfer, das ihnen hier zugemutet wird, auch den beherztesten Steuerpolitiker mit Grauen erfüllen muß. Und daß gerade Herr Erzberger es ist, der sich als starker Mann vor den Reichswoagen spannt, wo in sehr weiten Kreisen der Bevölkerung die Stimmung gegen ihn nach Unterzeichnung des Friedensvertrages vom Versailles den äußersten Schärfergrad erreicht hat, wird den parlamentarischen Teil seiner Neuen Aufgabe nichts weniger als erleichtern. Kropfen ist es natürlich klar, daß das Experiment unter-

nommen werden muß, und selbst wer nicht wünschen kann, daß es, so wie Herr Erzberger will, gelingen würde, der wird doch mit ihm in der Urtümlichkeit übereinstimmen, daß die Not des Vaterlandes unbedingt radikale Maßnahmen erfordert, wenn anders wir nicht dem Staatsbankrott und der Volksauflösung verfallen sollen.

Die Fürsorge für die Kriegsgefangenen. 635 000 Mann auf dem Rückwege!

Den Abgeordneten in Weimar wurden über unsere Kriegsgefangenen von zukünftiger Seite nähere Angaben gemacht. Danach befinden sich in den Händen der Franzosen 340 000, in den Händen der Engländer 195 000 und in denen Amerikas 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegsgefangene und 30 000 Zivilgefangene. Die schärfste Behandlung ist den deutschen Kriegsgefangenen von Seiten der Franzosen zuteil geworden. Im übrigen sind die Klagen gering. Durch die private Opfermühseligkeit sind bisher 10 Millionen Mark Spenden für Kriegsgefangene eingekommen. 150 Millionen hat die Reichsregierung zunächst zur Verfügung gestellt. Jeder Belgier soll die Bedürftigkeit bei der Heimkehr eine Beihilfe von 300 Mark bekommen, mit Ausnahme von denenjenigen, gegen die ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt, also der Absträcker.

Diese Beihilfe muß in besonders gerietten Fällen bis auf 600 Mark erhöht werden, wenn die Gemeinde 150 Mark zuzuschießt. Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 50 Mark und die Beihilfen für acht Wochen erhalten, so daß er annähernd einen Betrag von 300 Mark mitbekommt.

Die ersten Transporte.

Wien. Wie die Blätter melden, werden die in Ungarn interniert gewesenen deutschen Soldaten mit Generalleutnant a. W. in den nächsten Tagen auf dem Wege nach Deutschland durch Wien kommen.

Rotterdam. Der Dampfer „Brinck Watona“ mit etwa 1600 aus Amerika ausgewiesenen Deutschen an Bord ist hier angekommen.

Amsterdam. „Times“ meldet aus Rotterdam, daß bisher 1490 Deutsche aus der südafrikanischen Union nach Deutschland zurückgeführt worden sind. Die Heimsendung weiterer 100 Deutsche steht bevor.

Frankreich Sozialisten und der Frieden Ablehnung des Vertrages.

Paris, 15. Juli.

Der Nationalrat der sozialistischen Partei Frankreichs hat mit 1420 gegen 54 Stimmen bei 40 Stimmentzählungen beschlossen, die Ratifizierung des Friedensvertrages abzulehnen.

Eine praktische Wirkung hat dieser Beschluß nicht, da die Mehrheit des Parlaments den Vertrag unter allen Umständen genehmigen wird. Besonders interessant waren die Ausführungen des Sozialisten Paul Faure. Dieser nannte den Frieden einen unchristlichen Militarismus, der heute bei Besiegten und Siegern gleich mächtig sei, denn kein Volk sei befreit worden. Wenn er gewußt hätte, daß die Wiedereroberung Elzas-Lotharingens 15 Millionen tote Kosten würde, hätte er eine Änderung auf friedlichem Wege vorgeschlagen.

Deutsche Nationalversammlung.

(67. Sitzung.)

OB. Weimar, 15. Juli.

Nachdem in der gestrigen Sitzung noch die angeforderten Wahlen in Berlin für gültig erklärt worden waren und die Regierung eine Bestätigung der Nennempfehlung, besonders der militärischen, angelehnt hatte, wurde heute zunächst an Stelle des am Unterstaatssekretär ernannten Vizepräsidenten Schulz der Abg. Voegelé (Soz.) gewählt. Die Wahlprüfungen im Regierungsamt sind beendet worden an den Ausschuss zurückzuweisen. Es folgt die zweite Beratung des Verfassungsentwurfes.

Nach einer längeren Debatte wird der Artikel 107 über die erste Kammer gestrichen. Zur Verprechung steht dann der Artikel 108, der lautet:

Die Deutschen sind vor dem Gesetz gleich. Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Öffentlich-rechtliche Vorrechte und Nachteile der Geburt oder des Standes bestehen nicht. Abweichungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr vererbt werden. Titel dürfen nur als Amts- oder Berufsbezeichnung vererbt werden. Adelsmännliche Grade sind hiedurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen.

Darauf legt eine Reihe von Änderungsanträgen vor. Als erste Rede tritt die Abg. Frau Zuckack (Soz.), die Abschaffung des Adels verlangt. Der Frau können nicht dieselben Pflichten auferlegt werden wie dem Manne, z. B. Militärdienst.

Abg. Frau Zuckack (Soz.): Wir können uns mit einem Entschluß der absoluten Gleichmacher nicht einverstanden erklären. Die Frau ist Arbeiterin, sie ist aber auch Mutter und Schöpferin der Bildung und des deutschen Volkes. Die sogenannte Adelsbezeichnung ist doch nur ein Teil des Namens. Der Adelsausstraf seine Beschlässe, weil er klar feststellen wollte, welche Namen

geführt werden sollen.

Abg. Dr. Graf Wosadowitz (Deutschnat. Vn.): Über die Abschaffung des Adels vermag ich mich nicht aufzuregen. Würdigen gebildeten Menschen beuteten ihre Mitmenschen nicht nach Titel und Wälden, sondern nach ihren geistigen und sittlichen Fähigkeiten. Soll etwa in dieser Unrichtigkeit die französische Revolution nachgehakt werden? Die Gleichmacher der Revolution hat sich bitter in der Verdümmung des französischen Volkes gerächt, und diese Verdümmung erst machte den Sieg des Imperialismus und Napoleons überhaupt möglich. Napoleon allerdings, der große Menschenkenner, führte den Adel sofort wieder ein.

Abg. Frau Zuckack (M. Soz.) weist auf die schweren Pflichten bei Geburt und Erziehung der Kinder hin.

Weiter spricht zu dem Thema noch der Abg. Selma (D. V. P.), der erklärt, der Adel liehe dem Bürgerstande gleich. Auch die sozialdemokratische Regierung habe Titel verliehen. Nach weiteren Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Czarik (Soz.), Dr. Cuihde (Dem. Vn.), Wersky (D. V. P.) und Geim (Centr.) schließt die Besprechung.

Abstimmungen.

Der Antrag der Unabhängigen, im zweiten Absatz § 109 das Wort „grundsätzlich“ zu streichen, wurde im Gesamtergebn mit 149 gegen 119 Stimmen abgelehnt. Absatz 2 wurde sodann in der Fassung des Ausschusses angenommen. Danach haben Männer und Frauen grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Über den Antrag der Sozialdemokraten, den Adel abzuschießen, fand namentlich die Abstimmung statt, die die Ablehnung des Antrages mit 148 gegen 127 Stimmen ergab. Es bleibt also bei der ursprünglichen Fassung. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teile des Namens und dürfen nicht mehr vererbt werden. Die übrigen drei Absätze (Titel und Orden) wurden ebenfalls unverändert angenommen.

Auf eine Frage, die von dem sämtlichen Abgeordneten Mannmann beim Artikel 109 an die Regierung gestellt wurde, erklärte der Reichsministerpräsident Bauer, daß die Regierung entgegen der Meinung der Sozialdemokraten, die in den parlamentarischen Staatsverband übergehen, die Polen optieren müßten, die Wiedererrichtung in Deutschland, wenn sie es wünschten, erleichtert werden könne.

Nach einer kurzen Geschäftsordnungsdebatte über die Beschlußfähigkeit des Hauses kommt der Verfassungsartikel betr.

die persönliche Freiheit.

deren Beschränkung nur auf Grund von Gesetzen zulässig sein soll, zur Beratung. Die Unabhängigen befragen dazu die Aufnahme der Ausnahmebestimmung gegen die Bräutlichkeit. Nach einer kurzen, aber erregten Debatte wird der Antrag der Unabh. angenommen. Nachdem der Präsident nach dem Abschluß der Sitzung, daß sich nach dem im Saale nicht gehalten werden kann, verlegt sich das Haus auf nächsten Montag.

500 000 Zwangsarbeiter für Frankreich.

Deutschland soll zur Arbeit angehalten werden!

Verfaßtes, 15. Juli.

Aus allen Besprechungen unserer Vertreter mit den Entente-Staatsmännern geht klar hervor, daß letztere auf der genauesten Durchführung des Friedensvertrages bestehen. Besonders Gewicht legen die Franzosen auf die baldige Stellung von Arbeitern. Es wird an etwa 500 000 Mann gedacht, die in Baracken untergebracht werden sollen. Auf einen Hinweis des deutschen Unterhändlers, daß es für die deutsche Regierung schwierig sein würde, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau Frankreichs zu erhalten, erklärte der französische Vertreter, daß diese Schwierigkeiten seiner Regierung bekannt seien. Es müsse aber der deutsche Regierung empfohlen werden, mit allen Mitteln das Volk zur Arbeit anzujubeln, da sonst eine Durchführung des Friedensvertrages unmöglich sei. Frankreich könne auf die Gefellung von Arbeitern nicht verzichten und müsse nötigenfalls verlangen, daß Zwang angewandt werde, um die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen.

Berlin. Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Töpfer hat seinen Urlaub genommen.

Berlin. Wie verlautet, dürfte, soweit es sich jetzt übersehen läßt, mit der Heimkehr unserer Kriegsgefangenen und Internierten aus Japan vor Weihnachten kaum zu rechnen sein.

Weimar. Die Vorlage über die Betriebsräte wird der Nationalversammlung in den nächsten Tagen zugehen.

Samburg. Der holländische Dampfer „Mars“, der vom Kriege vertrieben hier verkehrte, ist am Montag mit einer Ladung Stützgut im Hamburger Hafen eingetroffen als er der Holländer, der nach Umbeugung der Blockade ohne Kontrolle Samburg anlaufen hat.

Bern. Nachdem die letzten Schwierigkeiten, die der Entlassung der etwa 3000 noch in der Schweiz befindlichen deutschen Internierten im Wege standen, beseitigt sind, wird die Kriegesinternierung in der Schweiz in etwa Monatsfrist beendet sein.

Paris. Japan, China, Italien und Brasilien wollen den Verkehr mit Deutschland sofort wieder aufnehmen.

Konstantinopel. Die Entente-Truppen haben 50000 Mann stark etwa zehn Kilometer vor Budapest.

Kopenhagen. In Dänemark mobnen gegen 10000 Nord-Schleswiger, die zur bevorstehenden Volksabstimmung in Nord-Schleswig Stimmenträger haben. Um diesen Nord-Schleswigern Gehör zu geben, ihre Stimme abzugeben, wird ihnen dänischerseits freie Reise nach Nord-Schleswig ausgedehnt werden.

General v. Stein über den Krieg.

Ergebnisse und Betrachtungen.

In einem Buche, das jetzt erschienen ist, veröffentlicht der erste Generalquartiermeister v. Stein, dessen Berichte einst alle deutschen Herzen höher schlagen machten, Betrachtungen zum Weltkrieg. Er führt aus, daß nach der Entwicklung der politischen Verhältnisse

der deutsche Operationsplan

notgedrungen mit dem Durchmarsch durch Belgien rechnen mußte. Es ist gewiß nicht uninteressant, gerade heute zu hören, daß es ein Amerikaner gewesen ist, der zuerst auf die Notwendigkeit des deutschen Vormarsches durch Belgien hingewiesen hat.

Die Volksstimmung.

Nach meiner Meldung als Generalquartiermeister beim Generalobersten v. Moltke, hatte er mir die Lage kurz erläutert. Er sagte, daß sich der Kaiser bestig gegen den Krieg gestraut habe. Erst nach kräftigster Begründung habe er länderer Herzen seine Zustimmung gegeben. Es berührt heute seltsam, wie so bald in der Stimmung des Volkes der Umwälzung eintreten konnte. Damals waren alle überzeugt, daß der Kaiser an dem Kriege schuldlos sei.

Der Reichstag.

Die bekannte Resolution vom Juli 1917 war ein großer politischer Fehler. Als sie in London und Paris bekannt wurde, hat man sich dort die Hände gerieben und grübelnd zugerufen: „Sie sind bald am Ende!“ Diese Überzeugung hat die Feinde zu neuen Anstrengungen ermutigt. Gewiß ist noch manches andere Unglück dazu getreten. Wen aber eine feste Überzeugung leitet und eine große Hoffnung erfüllt, dem können noch immer glänzende Umstände zustoßen. Ohne Zweifel ist es bei vielen die erbliche Überzeugung gewesen; deshalb blieb es aber doch eine politische Dummheit. Die Wirkung der Friedensresolution auf die Front ist viel zu wenig beachtet. Die Erregung war allgemein. Der Feind hatte keinen Zweifel gefaßt, daß er zu einer Verteidigung nicht geneigt sei, sondern den Frieden bitterer molle. Politisches Verständnis für den Krieg und Frieden war nicht beim Reichstag. Die Wehen Wilsons hatten die Geister benebelt. Es ist nie da gewesen und wird nie sein, daß ein Sieger nur lieb Freund sein will und alle verzichten. Man kann nicht begreifen, wie kluge Leute sich einem Trugschluss verfallen können.

Bundesgenossen.

Kaiser Karl war ein schwacher Bürst, den man schließlich nicht für ernst nahm. Verhandlungen mit den Feinden gingen in Wien hin und her. Der Kaiser bezeichnete Hindenburg und Ludendorff in Gesprächen als Schweine. Selbst in Wien machte man sich über ihn auf offener Straße lustig. Obgleich er zu jeder Entlassung bereit war, wenn er nur Kaiser bliebe, hatte er wie die Kaiserin den glühenden Wunsch, die Krone Bolens auf seinem Haupte zu sehen. Von einem solchen Verbündeten war nichts zu erwarten. — Unsere Bundesgenossen waren alle schwach und ohne eigene Hilfsmittel. Wir mußten abgeschloffen vom Weltmarkt, ihnen das Fehlen liefern. Uns kurz, sie könnten abfallen, sind wir zu rücksichtslos gegen sie gewesen. Die Entente hat jedes einzelne Volk kraftvoll zusammengehalten und alle zu einem Handeln zusammengebracht. Uns ist es nicht gelungen, zu dieser Einheit zu kommen. Schließlich kamen Eitelkeit und Verrat hinzu, die wir durch Nachgiebigkeit hatten verhindern wollen.

14 Tage zu früh!

Der ehemalige Generalstabschef v. Sövdorff erklärt öffentlich: „Wenn wir noch 14 Tage, ja nur noch acht Tage unsere indische Front gehalten hätten, wäre nicht unsere, sondern die italienische Front zusammengebrochen. Diesen Krieg wollten nicht wir, sondern die Entente wolle ihn. Jeder Staat erwartete von ihm die Erfüllung seiner Aspirationen, und wir befanden uns in einer Zwangslage.“

Die Gefährdung der Ernte.

Erntearbeiterstreik in Pommern und Ostpreußen. Stettin, 15. Juli.

Aber die Kreise Anklam, Demmin, Uckermark und Regierungsbereich Straßund ist im Zusammenhang mit der Landarbeiterbewegung der Belagerungszustand verhängt worden.

In Pommern streikten die Landarbeiter bereits, in Pommern und darüber hinaus in ganz Ostdeutschland werden sie zum Generalstreik aufgehetzt. Die Landbesitzer sollen also in die Unmöglichkeit verlegt werden, die Ernte einzubringen. Ein Verbrechen gleich der Hungerplöde, die die Feinde als schlimmste Waffe gegen uns bemitt haben. Der Generalstreik der Landarbeiter, der geplant ist, müßte um so früher verurteilt werden, da auch hier wieder freventlich gegen abgeschlossene Tarifverträge verstoßen wurde.

Zeistfreis in Ostpreußen.

Von unverantwortlicher Seite hat sich ein Teil der Landarbeiter des Kreises Moringen in wilde Streiks setzen lassen. Der Zentralverband für Land-, Forst- und Weinbergarbeiter fordert die Landarbeiter auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, da nächster Tage Verhandlungen zwecks Abschluß des Tarifvertrages stattfinden. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie zum Schutz der Arbeitswilligen wurden Regierungstruppen in den Kreis gesandt.

Wortabes des Dirschau Arbeiterrats.

Dirschauer Arbeiter und Betriebsarbeiterräte von Dirchau haben den Beschluß gefaßt, nicht früher Lebensmittel für andere Städte des Reiches herauszugeben, bis Dirschau als Ersatz hierfür Rohle erhält. In der Versammlung der gelanten Dirschauer Arbeiterräte wurde der Beschluß des Arbeiterrats einstimmig gutgeheißen und eine Kommission nach Berlin entsandt. Der Regierung wurde gedroht, die Verbindungen nach Dirpreußen zu lösen und den Verkehr lahmzulegen, falls Dirschau keine Rohle erhält.

Zu allem Glend fängt jetzt, nachdem die feindliche Wende endlich aufgehoben ist, eine Stadt auf eigene Faust mit einer Hungerplöde an. Leider ist zu beklagen, daß andere Städte diesem Beispiel folgen, wenn nicht alles geschieht, um den Beschluß in Dirschau schnellstens unwirksam zu machen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Neuordnung des Reichsausschusses. Das aldenburgische Ministerium hat Verhandlungen über die Grenzen Oldenburgs eingeleitet. Wahrscheinlich werden die Friedensminister Virensfeldt und Lübet abgetrennt werden. Besonders gewandt ist man auf das Ergebnis von Verhandlungen mit Bremen über dessen Vereinigung mit Oldenburg.

Nur nicht polnisch! Auf Anfrage an sämtliche Reichs- und Staatsbeamte in der Dinarik, ob sie das abzutretende Gebiet verlassen oder in polnische Dienste übertreten wollen oder Bedenken wünschen, haben weit über 75 % der Beamten, von höheren Beamten sogar fast 100 %, um Verlegung in andere preussische Gebiete gehen und die Übernahme in polnische Dienste abgelehnt. Fast 2000 höhere Justizbeamte im abzutretenden Gebiet verlangen Übernahme in andere preussische Bezirke, während auzei, wie verlanet, nur einige hundert Nichterstellen im preussischen Gebiet frei sind.

Der britische Kontrollrat! Nach den englischen Wählern erklärte Cecil Samsonworth in der Unterhaus-Sitzung, daß der Hilfsunterstützung für auswärtige Angelegenheiten Sir Eric Croze zum britischen Vertreter in dem von der Friedenskonferenz gebildeten Untersuchungsausschuss über die Durchführung des Friedensvertrages mit Deutschland ernannt worden sei.

Die Ausföchtung von Logo und Kamerun. Wie aus Paris gemeldet wird, ist die französisch-englische Abereintunft über Logo und Kamerun jetzt definitiv in London zustande gekommen. Ratifizieren die Alliierten die Abereintunft, so erhält Frankreich vier Fünftel von Kamerun und zwei Drittel von Logo.

Deutsche Noten über die Westgrenze. Freiherr v. Verber hat Clemenceau drei Noten überreicht. Die erste behandelt die Prüfung der Gebietsfragen von Malmödn und Woresnet, die zweite beschäftigt sich mit dem Saargebiet, und die dritte behandelt die militärische Verlegung und die wirtschaftliche Ausnutzung des Rheinlandes.

Die preussische Landesversammlung geht am 19. Juli in die Ferien, die bis 15. September dauern sollen, falls die politischen Fragen nicht einen früheren Zusammentritt notwendig erscheinen lassen. Vor den Ferien soll aber unter allen Umständen noch eine dringliche Anfrage wegen des Landarbeiterstreiks erledigt werden.

Schweiz.

Deutschlands Beitritt zum Völkerverbund gefordert. Der Chef der Schweizer Abordnung in Paris erklärte, daß, wenn die Zulassung Deutschlands zum Völkerverbund nicht erfolge, die Schweiz auf ihre Mitgliedschaft verzichtet. „Unzufriedenheit“ meldet, daß, wenn sich die Schweiz nicht innerhalb zweier Monate für die Mitgliedschaft zum Völkerverbund entscheidet, die Wahl Genes als Sitz des Völkerverbundes nicht aufrechterhalten werden könne.

Italien.

Bekanntnis der Sozialisten zum Völkerverbund. Die in Rom tagende sozialistische Parteileitung hat zum 7. bis 10. September einen allgemeinen Parteitag nach Bologna einberufen, die von Amherdam ausgehende Einladung zum Internationalen Sozialistenkongress in Anzern am 1. August aber abgelehnt, das Amsterdamer Reformprogramm verworfen und dem bereits im Februar in Mailand beschlossenen Beitritt zur dritten Internationale (dem Völkerverbund) zugestimmt.

Aus In- und Ausland.

Warschau. In den politischen Setlungen erscheinen Anrufe, aus denen hervorgeht, daß die Polen Listen der Deutschen in Oberschlesien führen, die in deutschem Sinn für die kommende Volksabstimmung agitieren.

Magdeburg. Sächsisch-Abhängige Textilbetriebe melden die Einstellung vieler Webereien wegen Rohlen- und Kohstoffmangels.

Wandau. Bauern aus dem Komitat Szes hatten einen Teil der Ernte verbrannt, um ihn nicht der ungarischen Regierung ausliefern zu müssen. Zur Strafe dafür ließ der ungarische Volkbeauftragte Samuelli in Daracolo 72 Bauern aufhängen.

Die Freimarken der R. V.

Berlin. Die Freimarken zur Erinnerung an die Nationalversammlung sind verschiedenerorts mit Aufschlag gehandelt worden. Die Marken bleiben noch viele Monate gültig und es kommen sehr große Mengen in Verkehr, so daß jedermann Gelegenheits hat, sie zum Nennwert an den Volkshändlern zu kaufen.

Vorläufig noch kein Polenarmarsh!

Berlin. Wie von zuktändiger Seite erklärt wird, entspricht es nicht den Tatsachen, daß der Einzug der polnischen Truppen in Thorn für den 24. Juli in Aussicht genommen ist. Der früheste Termin ist das Inkrafttreten des Friedensvertrages mit der vollendeten Ratifikation durch drei alliertere Mächte.

Verkehrsregelung mit dem besetzten Gebiet.

Berlin. Nach eingehenden Verhandlungen mit sämtlichen beteiligten Reichs- und Provinzialbehörden wird in Köln eine Zusammenkunft aller Präsidentschafts- und in Frage kommenden Sachverständigen stattfinden, um eine endgültige Regelung des Verkehrs zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet herbeizuführen.

Die ungarischen Millionen.

Wien. Wie die Wäiter melden, hat das Wiener Landesgericht in dem Rechtsstreit der Österreichisch-Ungarischen Bank und der Ungarischen Genossenschaft wegen des Vermögensrechts über die 69 Millionen Kronen, welche von dem kaiserlichen Haupte aus der Ungarischen Genossenschaft aufgefunden worden waren, der Berufung der Ungarischen Genossenschaft Folge gegeben. Vom Bezirksgericht wurde die über die 69 Millionen Kronen verhängte Seque aufgehoben.

König Georg gegen die Auslieferung Wilhelms II.

London. Der englische König hat an Lord George ein Schreiben gerichtet, in dem er ihn ersucht, bei den Alliierten dahin zu wirken, daß auf die Auslieferung Kaiser Wilhelms verzichtet wird. Auch zahlreiche Mitglieder des Hofadels und der englischen Kirche sind mit dem gleichen Ansuchen an Lord George heranzutreten.

Berlin. An zuktändiger Stelle ist man sich darüber klar, daß es sich bei dem allerorts auftauchenden Landarbeiterstreik um eine gefährliche politische Bewegung handelt. Die Regierung ist geneigt, dem Streik mit allen Mitteln, auch militärischen, entgegenzutreten, um die Ernte nicht in Gefahr zu bringen.

Stettin. Als Protest gegen den verhängten Belagerungszustand und das Streikverbot der Landarbeiter kam es hier zum Generalstreik. Wie überall, ruht auch im Hafen der Verkehr vollständig. Lebensmittelgeschäfte können nicht entladen werden, auch können keine Schiffe ausfahren. Allem Anschein nach handelt es sich beim Generalstreik um eine Ueberumpelung der Arbeiter, deren Mehrheit gegen den Zustand ist, durch die Unabhängige Sozialdemokratie. — In Greifswald wird es voraussichtlich in den nächsten Tagen zum Generalstreik kommen.

Straßund. Hier setzte gestern der als Erwidierung angelegte Bürgerstreik ein. Das öffentliche Leben liegt jetzt vollständig still. Eine Kommission reiste zu Noete, um mit ihm zu verhandeln.

Der Landarbeiterstreik.

Die in Pommern ebenfalls begonnene Landarbeiterbewegung ist in der Hauptsache auf rühige Agitation durch den Spartakusbund, der zum Streik aufreizende Flugblätter verteilt läßt, zurückzuführen. — Der größte Teil der Landarbeiter verhält sich dem Verneinen nach, ruhig. — Auch in einzelnen Teilen der Provinz Sachsen ist mit dem Ausbruch des Landarbeiterstreiks zu rechnen, ebenso macht sich besonders in Thüringen unter den Landarbeitern die Streitagitation, die bereits in mehreren Gemeinden zu Ausständen führte, bemerkbar.

Greifswald, 17. Juli. Der hier heute morgen angekündigte Beginn des Generalstreiks in Greifswald ist hinausgeschoben worden, weil vom Oberpräsidium in Stettin Maßnahmen ergriffen worden sind, welche die Aufhebung des Belagerungszustandes im Auge haben. Vom Oberpräsidium in Stettin wird mitgeteilt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes im Stadtreis Greifswald, im Landreis Greifswald, im Landreis Grimmen und auf der Insel Rügen binnen 24 Stunden angeordnet wird. Infolgedessen hat sich die Arbeiterschaft wieder beruhigt.

In Straßund wird der Abwehrstreik der Bürgerschaft sehr scharf durchgeführt. Telefonische Gespräche mit Straßund und Telegramme können nicht durchgeführt werden, da nur militärische Gespräche nach Straßund zugelassen sind. Auch die Postbeamten haben sich dem Zustand angeschlossen.

London, 16. Juli. (Reuter.) Die „Times“ meldet aus Madrid, daß der König die Demission Maura angenommen und Dato zu sich erboten hat.

Aus der Heimat — für die Heimat.

Bescherfe, den 17. Juli 1919.

Wetterausfichte n für Freitag den 18. Juli: Wenig Änderung der herrschenden Witterung wahrscheinlich.

In Delmenhorst wird zum 1. November eine dritte Pfarrstelle errichtet und in Jade ist die Pfarrstelle infolge Ablebens des bisherigen Pfarrers zu besetzen. Bewerbungen um die Stellen sind bis zum 1. September beim Oberkirchenrat einzureichen.

Linswege. Leider hat sich die Maul- und Klauenseuche trotz aller Vorichtsmaßregeln noch weiter verbreitet. Sie ist jetzt auch unter den Milchkühen der Landwirte Böres und G. Theje hier ausgebrochen. Daraufhin sind sämtliche Gehöfte der Bauerfamilie Linswege zum Sperrgebiet erklärt worden.

Hausen. Jetzt haben die Diebe ihr klüßliches Handwerk auch nach hier verlegt. Der Kolonist Wilts vermisste gestern morgen ein wertvolles Schaflamm. Das an Ort und Stelle vorgefundene Fell besaßte ihn aber gleich, daß das Tier von unberufenen Händen geschlachtet und mitgenommen war. Traurige Zustände!

Bad Zwischenahn. Aus dem Seelenregister von 1790 mögen noch einige Angaben von gewissem Interesse sein. In Zwischenahn (Zwischenahn und Zwischenahnerfeld) wohnen zur Zeit nur noch zwei Familien aus direkter männlicher Linie der damals dort wohnhaften, es sind dies Familie Bruns und Krüger. Alle anderen Zwischenahner sind seitdem zugezogen. So kommen die Namen Schmittler, Dierks, Wilken, Stullen, Niemejer, Wülber, Brandes, Boelks, Hoffius (vor. Pastor), Herz, Abraham, Weber (Küster), Hobbie, Brader, Emten, Bietendüfel, von Negelein (Justizrat), Wiers, Delfen, Reiners, Boemann, Deetjen aus direkter Folge nicht mehr vor.

Hinter der Intelmannschen Fabrik heißt ein Grundstück die „Brandiere“ und ein Kamp daneben der „Brandierestamp“. Hier wird Brand Brander gewohnt haben, dessen Witwe 1790 verzeichnet steht. — In Zwischenahn waren 4 Hausleute: Emten (jetzt Feldhus, der Name Emten kommt noch in Friesoythe vor), von Negelein (jetzt Witten), Böls (später Dreyer, Stelle vertrieben) und Wülber (vertrieben, lag dem Bahnhof gegenüber). — In Krotzup 9 Hausmannstellen: Gerten (jetzt Sise), Roggemann (jetzt Ohmstedt), Deetjen, Wöhlen (jetzt Budden?), Budden (jetzt das Heuerhaus?), Semmen (Meyer?), Dweisch Dweisch? unleserlich, so Roggemann gehört. Alle Krotzuper werden wohl genaue Auskunft geben können. Außerdem ein adelig freies Gut Enghausen, Landrat von Varendorf. — In Elmendorf waren 2 Hausmannstellen in Garnholz, beide von einem Garnholzhof bewohnt, Johann Friedrich und Dierk, also die beiden Stellen von Garnholz und zur Lope, in

Langebrügge keine Hausmannsstelle, aber 8 Köttereien, hier kommt der Name Gerd Langebrügge vor. — Im eigentlichen Elmendorf 2 Hausmannsstellen: Stamer (Wierhaus) und zur Horst (Klingenberg), in Sella 5 Hausmannsstellen: Reiners, Hedemann, Hoepfen (jetzt veräußert), Lüers, zur Lope (jetzt Kempfen). In der Ortschaft Kreyentamp kommt der Name Ahlers Creientamp vor. — In Altenkirchen eine Hausmannsstelle: Meyer (jetzt Rabben). — In Achshäusen 4 Hausmannsstellen: Ahlers (veräußert), Fiden, zur Brügge, Fiden („Frau Hillene geb. Hots aus diesem Hause“ Hots). — In Aue 2 Hausmannsstellen: Schumacher und Fiden (Henten). In Halstede 1 Hausmannsstelle: Delfen. — In Achshäuserfeld keine, dafür aber viele Gewerbetreibende: 2 Krüger, 1 Drechsler, 2 Zimmerleute, 1 Drechweber, 2 Leinweber, 1 Schmied, 3 Schuster, 3 Schneider, 3 Korbmacher, 3 Weißschneidmaler, 1 Holzschmied und 1 Rademacher. — In Ranhausen 4 Hausleute: Bunjes (jetzt veräußert), Schröder, Ahrens, „adelig freier Hausmann“, Bunjes (das Stammhaus jetzt Herrn Schröder gehörend und von Schwengel besetzt). — In Speten 3 Hausmannsstellen: Wehlau „adelig freier Hausmann“ (jetzt Kud), Hardenberg, Dietz (?). — In Etern 5 Hausleute: Hempen alias Hinten (veräußert), Hinten (?), Theilen (?), Harms, Kahlen (Schröder). — In Achshäuserfeld 4 Hausleute: Brodloff, Sander, Benjes, Klotzger (Stulken). — In Querenfede 3 Hausleute: Köpfen, Dietz (Tragemann), Ulmanns (zur Lope). — In Dreywege 7 Hausleute: Ribben, Brumund (Brünjen), Hemme, Witjen, Brader alias Marten (Hise), Brünjen (Deffen), Bruns, alias Hausden (Dreyer). — In Dänthorst 2 Hausleute: Meyer (Witjen) und Lüers. — Um Zukunft über die fraglich geblieben. Punkte wird gebeten.

— (b) Apen. Wie fast allenthalben im deutschen Vaterlande herrscht auch in unserer Gemeinde ein großer Mangel an Wohnungen. Da ein Hausbau jetzt etwa das Fünffache der Kosten vor dem Kriege erfordert, so scheut naturgemäß jeder vor dem Bauen zurück. In der Hauptsache ist die verminderte Ziegelfabrikation wohl an diesen Zuständen schuld, jedoch aber auch der Mangel an Bauholz. Nicht zum wenigsten verteuern die hohen Löhne und Grundstückspreise das Bauen. — Hoffentlich lehren auch auf diesem Gebiete in nicht zu langer Zeit gesunde Verhältnisse zurück.

— (b) Augustfehn. Der Kanal, der sich in der letzten Zeit sehr mit Wasserpflanzen, besonders mit der Wasserpest, durchsetzt hatte, wird jetzt einer gründlichen Reinigung durch die Anlieger unterworfen.

— (b) Oldenburg, 16. Juli. Die Bohrungen in Bloch nach Erdöl werden energisch fortgesetzt. Es soll ein tüchtiger Sachmann angenommen und mit der Leitung beauftragt werden. Man vermutet hier auch das Vorhandensein von Erzlagern. Auch hiernach will man

bohren. Erfüllen sich die gestellten Erwartungen, dann bieten sich für Bloch und Umgegend ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten.

— Sehr beeinträchtigt wurde hier das Wachstum der jungen Früchte durch die anhaltend nässliche Witterung. Die lange Zeit der Dürre hatte den Früchten sehr geschadet und deren Ernte um mehrere Wochen verzögert. Das jetzige kalte Wetter verschärft den Zustand noch mehr. Die Erträge der Frühkartoffeln blieben hier allgemein erheblich hinter denjenigen des Vorjahres zurück. Vielerwärts ist die Kartoffelkrankheit aufgetreten und hat viel Schaden angerichtet. Die Erträge an Erbsen, Kohl, Wurzeln sind nur mittelmäßig. Die Bohnen entwickeln sich langsam und zeigen nur geringen Blütenstand. Hier wird die Ernte kaum besser sein als im Vorjahre, die als eine Mähernte galt. Wenig erfreulich ist der Ertrag der Obstbäume. Die meisten Bäume sind kahl oder zeigen Fruchtanfang. Äpfel wird es fast garnicht geben, Birnen etwas mehr, aber auch nur in bescheidenem Maße. Im allgemeinen ist hier die Aussicht auf eine gute Ernte gering.

— Der Sängerbund für das frühere Herzogtum Oldenburg hielt hier eine Vorstandssitzung ab, in der wichtige Bundesangelegenheiten behandelt wurden. Er wird zu Anfang Oktober einen allgemeinen Sängertag nach Oldenburg einberufen, auf dem die nächsten Aufgaben des Bundes besprochen und die Neuwahlen zum Vorstand vorgenommen werden sollen.

— (Die deutschen Sparfassen im Mai. Es betrug laut „Sparfasse“ die Zunahme der Spareinlagen bei den gesamten deutschen Sparfassen (ohne die Abschreibungen auf die Kriegausgaben) im Mai ds. Js. nur 140 Millionen Mark gegen 700 Millionen Mark im Vormonat und 450 Millionen Mark im Mai 1918.

— * Gfen, 15. Juli. Unserm Nachmeister Hübeler im Verein mit dem Gendarm Kleen gelang es gestern, die beiden gemeingefährlichen Verbrecher, die den Einbruch bei dem Wächter Klinghaus in Herbergen verübt hatten und die in der Nacht zum 4. Juli in Bartmannsholte bei Hl. Engelse eingekerkert und das Fräulein gezwungen hatten, ihr Bargeld abzuliefern, dingest zu machen. Die Sache war nicht ungefährlich, da die in den Herberger führen sich aufhaltenden Verbrecher, der 18-jährige Arbeiter Straßman aus Wanne, der bis vor kurzem Dienstmagd bei Lager gewesen war, und der 19-jährige Knecht Müller bei Etone in Herbergen, gut bewaffnet waren. Ein Glück, daß sein Armeerevolver nicht gut funktionierte, sonst hätte Str. den Nachmeister H. jedenfalls erschossen. Nachdem die gefährlichen Verbrecher ergriffen und gefesselt waren, wobei der Bahnarbeiter Baste gute Dienste geleistet hat, gestanden sie frech ihr Verbrechen ein. Hoffentlich werden sie so gestraft, daß sie die Gegend nicht mehr unsicher machen! (D. V.)

— (o) Ut Offreesland. Dar kaminix nix maken, 't heet den Söbenlaperdag regent un up Margarethen (13.) was 't neet dröge. Nu blifft nix over, as gedubbig toe wachten, bet de Tied herom is. Gefer, dat Apbrujen help nix, dat Klagen un Schanten maakt 't neet anners, man neet so sefer is, dat de Marteladen ganz gien In-floet hebben. Well wilt verklaeren, dat 't hier effe Dag regent un tiisen Bremen un Berlin, un Löbed herom un up völe annere Stäen sijn söben Wäele gien drüpp Matt fallen is, dat de Urtenblössenes verdrögt ovfallen sünd? So 'n Wäerwiefer is eegentlic d'r wall an, de kann nims wat: eeneswar schient de Sünn, eeneswar fällt Matt. Wi willen uns neet so argern, damit wordt 't nix anners. Toen Schützenfest is goed Wäer bestelt; 't kummt d'r nu up an, ov 't bi de grote Naftage lefent worr'n kann. Hopen wi dat beste. — In Holtshusen, een Döör in Kreis Weener, brofen nachts tiisen 1 un 2 Uer twe Keerls in dat Hus van de Wedefrau Hefsenius, inbelken de Frau in de Bedde un bearbeiden hör mit Schlagringen. De Dochter troop döör 'n Fenster un reep de Nabers toe Hülpe. De twaamen neet up rechte Tied un darbör is een Koovord neet toe Uföhrung famen. Spiebelst, dat de Keerls, as se Lunte murten, döe de Latten gahn sünd. Van Rüstingen het man 'n Polijgehund famen laten, ov dat Deer de Keerls noch in den Snuiff frigt, mut man omwachten.

— (b) Leer. Der am Mittwoch abgehaltene Markt war recht gut besucht, doch blieben Handel und Umlauf trotz Anwesenheit vieler auswärtiger Händler nur mittelmäßig. Es bedangen: Rüsse 2400—3200 Mt., vereinst besonders gute Tiere 3500 Mark, Rinder 1600—2300 Mark Bullen 2600—3600 Mark.

— * Wilhelmshafen, 17. Juli. Heute morgen ist der Dampfer „Altenis“ in der dritten Hafeneinfahrt mit etwa 1000 Mann deutscher Truppen aus Saloniki hier eingetroffen. — In einer der letzten Nächte haben Diebe einen Einbruch in den Laden des Uhrmachers G. in der Marktstraße hier verübt. Es wurden zwei Schautafeln mit Uhren und Ketten im Werte von 600 Mt. entwendet.

— Gestern begann vor dem Schwurgericht Aurich, das hier tagt, die Verhandlung wegen Hochverrats gegen sieben Kommunisten, unter denen sich auch der frühere Lehrer Jörn befindet, wegen des am 27. Januar hier unternommenen Putsches. Die Verhandlungen dürften mindestens eine volle Woche in Anspruch nehmen.

Für die Redaktion verantwortlich Karl Eilers in Westerfede. Druck und Verlag von Eberhard Ries in Westerfede.

Gottesdienstliche Nachrichten.
Kirche zu Westerfede. Am 5. Sonntag nach Trinitatis, Juli 20, morgens 10 Uhr: Gottesdienst. Darnach Kinderlehre der Konfirmanden. — Der Kirchengottesdienst an den nächsten Sonntagen aus.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Ämt Westerfede.

Westerfede, den 10. Juli 1919.

Gemäß § 48 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsviehseuchengesetz wird für alle Märkte des Amtes der gewerbsmäßige Handel mit Vieh jeder Gattung an Markttagen außerhalb des Marktplatzes verboten.

Zwischenhandlungen werden nach § 74 f. des Reichsviehseuchengesetzes bestraft.

S. W.: Dr. Kabeinga.

Ämt Westerfede.

Westerfede, den 15. Juli 1919.
Unter den Milchlihen der Landwirte Bärjes und G. Tjhe in Linswege ist die Maul- und Klauen-seuche ausgedehnt.

Sämtliche Gehöfte der Bauerschaft Linswege werden zum Sperrgebiet erklärt.

Das Beobachtungsgebiet bleibt wie bisher bestimmt. Es gelten dieselben Anordnungen, wie sie in der Bekanntmachung des Amtes vom 26. Juni d. J. bezüglich des Seuchenzalles bei Wm. Hobbie in Linswege getroffen worden sind.

Auf strenge Befolgung der gesetzlichen Anzeigepflicht werden alle benachbarten Viehhalter erneut nachdrücklich hingewiesen.

S. W.: Dr. Kabeinga.

Ämtsvorstand.

Westerfede, den 17. Juli 1919.
Wegen der Erhöhung der Viehpreise wird der Preis des Rindfleischs auf 3,10 Mark festgesetzt von heute ab. Mü n z e b r o d.

Ämtsvorstand.

Westerfede, den 17. Juli 1919.
Auf Abschnitt 1 der neuen Lebensmittelkarte C wird je 1 Pfund Reis auf den Kopf des Mitbewohners zum Preise von 3,30 Mark verkauft in folgenden Geschäften:

Söfft, Strodtmann, Hl. Richards, Baumann, Kanten, S. N. Meyer, Drieling, Ahlrichs, Hotes, Diekmann, Kiehlbier, Deelen, Schneider, Steinfeld in Westerfede, Einfeld in Westerloh, Hazeltamp in Zhaulen, Stubben Nachf. (Schwengels) in Halsbek, Hobbie Wm. in Osholt;
Weiß, Poppinga, Eidmann, Rippen, Haschagen, Bruns jr., Eplers, Pieperjohanns, J. Fischer, Kühl und Otten in Zwischenahn, Niemann in Ranhausen,

Dr. Oth, Strauß, Willems und Vellage in Augustfehn, D. Meyer, S. Meyer, Detering, Lebbe und Oth in Apen, Leonhards, Spandrats, Stebs und Konsumverein in Augustfehn, Reil in Nordbloß, Meins in Godensholt,

Hintrichs, Wächter, Snoel, Orth und Setje in Echwicht, Willems in Osterheeps, Fried in K. Scharrel, J. Frenrichs in Jeddesh 2.
S. W.: Dr. Kabeinga.

Verwaltungsgericht.

Westerfede, den 10. Juli 1919.
Das Verwaltungsgericht des Amtes Westerfede hält Ferien vom 21. Juli bis zum 1. September ds. Js.
S. W.: Dr. Kabeinga.

Der Gemeindevorstand.

Westerfede, den 17. Juli 1919.

Zorffstreu,

à Ballen 7 50 Mt., kann abgegeben werden. Näheres ist auf dem Gemeindebüro zu erfahren.
Lanje.

Frühkartoffeln-Abnahme

auf Station Westerfede am Mittwoch den 23. ds. Mts., von morgens 8—12 Uhr.

Bitte um Anmeldeungen.
Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Kartoffelhandel der Landeskartoffelstelle nachgewiesen werden muß.
Schmale.

Eichamt Oldenburg

Alle Gewerbetreibende, Kaufleute, Händler, Handwerker, Wirte, Fabrikanten, Genossenschaften, sowie die

Landwirte

und die privaten Gemüseverfäuser, besonders aber die gewerbetreibenden Kriegsteilnehmer werden nochmals auf die rechtzeitige Nachreichung der eichpflichtigen Gegenstände, Wagen Gewichte, Maße, Längenmaße usw. aufmerksam gemacht

Die Nachreichung hat stets innerhalb der gesetzlichen Frist von 2 Jahren zu geschehen, andernfalls erfolgt die Einziehung der Gegenstände und außerdem die Bestrafung der Inhaber, Näherer Sprechtag in Westerfede am Donnerstag den 2. August.

Die Sachen können schon jetzt beim Schlossermeister **Heinr. Brüning**, Ruhlentstraße, woselbst sich die „Eichamts-Nebenstelle“ befindet, eingeliefert werden. Der Eichmeister: Buse.

Am Montag den 21. Juli, nachm. von 3 bis 6 Uhr, soll beim Eier-schuppen ein von der Landes-eierstelle überwiesenes Quantum

Hühnerfutter

verkauft werden.
Getreideabfälle zu 18 Pfg. u. Geflügelbrotfutter zu 38 Pfg. pro Pfund. Auch Nichtgenossen können davon kaufen. Behälter sind mitzubringen.

Eier- und Geflügel-Verwertungs-Genossenschaft Ammerland, e. G. m. b. H.
Der Vorstand.

Schwarze Damen- und Kinderhürzen

empfiehlt Carl Hotes.

Fahrrad-Deiken,

28-1 1/2, sind vorrätig bei Ike Baumann.

Sabe Streutorf

zu verkaufen.
Joh. Kramer, Zhaulen.

Suche bestes

Dachstroh

zu kaufen.
H. Schröder.

Stoberts, Revolver

Leihings und Munition sind eingetroffen.

Richard Müller.

Sulinger Sensen

(Doppelpolier o. Denker).

Sensendämme, Harken.

Richard Müller.

Zu verkaufen ein runder Tisch

so gut wie neu. Nachfragen bei Tischlermeister

G. Siems, Hülfede.

Ein tüchtiges, ordentliches

Mädchen

für Haushalt wird sofort nach Coerlten bei Oldenburg gesucht.

Landesarbeitsnachweis Zwischenahn.

Frau Meiners, Oldenburg, Meinardusstr., sucht zum 1. August älteres

Mädchen.

Angebote unter Nr. 46 an

Hauptarbeitsnachweis Oldenburg.

Ein älterer Mann

— Halbinaide —, der alle landwirtschaftl. Arbeiten versteht u. durchaus fleißig ist, sucht Unterstunft in einem landwirtschaftl. Betriebe nur gegen Beförderung.

Arbeitsnachweis Zwischenahn.

Zimmererlehrling

sucht auf sofort ev. später

H. Lüers, Saugschäft, Apen.

Siegenzucht-Berein Gemeinde Apen.

Es wird für Nord- und Süd-Augustfehn ein Beckhalter gesucht. Bewerber wollen sich wenden an Schulte: Gastwerk, Strauß oder Hannemann-Augustfehn.

Kriegsbeschädigten-Berein

der Gemeinde Apen, Sib Augustfehn.

Am Freitag den 18. Juli, abends 8 Uhr:

Beratungs-Abend

beim Gastwirt Herrn Carl Pontow, Augustfehn.

Der Vorstand.

Zahnleidende

Zähne werden unter Garantie naturgetreu eingesetzt. Plomben in Gold, Porzellan, Amalgam etc. — Fast schmerzloses Zahnziehen mittels lokaler Anästhesie, Nervenlöten, Zahnreinigen etc. Sprechstunden täglich 8—1 und 2—7 Uhr, auch Sonntags.

A. Loewenstein,

Zahnatelier,

Oldenburg i. Gr.

Bahnstraße 15, I. Eingang Rosenstr.

in alternäster Nähe d. Bahnhofs

Telephon Nr. 1456.

Edeweckt.

Borausichtlich werde ich jede Woche eine Sendung frischer

Geestliche

erhalten und bitte ich alle, welche davon abnehmen wollen, sich umgehend in einer bei mir ausliegenden Liste einzutragen zu wollen. Ich werde dann wöchent- lich anfragen.

Diedr. Meyer.

Auf Peters

Buschgrund

soj. „40 Jüd“ in Orstede können bis zum 26. d. Mis.

Nachgebote

abgegeben werden.

Degen, amtl. Autt., Rastede.

Kaufe ständig wieder

Geflügel aller Art

Gänse, nur beste Zucht- stiere anbieten.

Ferd. Weser, Zwischenahn.

Wollgarn, Maschinengarn, Stopfgarn, Zwirn

empfeht

Apen. J. H. Tebje

Rote

Gummiringe

in allen Größen für Reg. Prokr. Adler und Wed Konjerdengläser empfiht

J. Bücking.

Apen. Herren-Anzüge,

prima Qualitäten, empfiehlt in großer Auswahl sehr preiswert

J. H. Tebje.

Bofel.

Am Sonntag den 20. Juli, nachmittags 3 Uhr:

Berammlung

in der Walfahrt des Herrn Kublmann. Bepreschung über elektrisch. Anschluß.

Die Ortsbürger werden gebeten, pünktlich und voll- zählig zu erscheinen.

Mehrere Ortsbürger.

Godensholt.

Am Sonntag den 20. Juli, nachmittags 5 Uhr,

Vortrag

des Herrn Meyer-Olden- burg über Zweck u. Ziele des Landbundes. Grün- dung eines Dorfbundes.

Der Gemeindebund.

Ginetroffen:

Anzugstoffe, Kostümtstoffe, Blusenstoffe, Zeteler Kittelzeug, Blau Leinen, Hemdentuch, Körper, Nessel, Parchend, Bett-Inlett, Bett-Damast, ferner:

Herrn-Hemde und Unterhosen, Damen-Hemde und Unterhosen, woll. Mannsjacken, gestrickte wollene Kinderjäckchen.

Wilh. Orth Augustfehn.

Landwirte !!!

Bestellungen auf

Thomasmehl, Sticksstoffdünger, Düngesack, Kalkmergel, Kalksake und Saatsgut

zur Herbstbestellung nimmt entgegen und liefert zum Höchstpreise

Gerh. Hanken, Westerloy.

Anträge auf Saatkarten für Verbraucher liegen bei mir aus. D. O.

Biehkessel

in allen Größen,

Dezimalwagen und Gewichte,

Waschmaschinen, — auch für Kraftbetrieb — sind wieder vorrätig.

Richard Müller.

Kuhkaffe Dhol.

1 Prozent Nachschuß der Versicherungssumme ist bis zum 15. August zu entrichten.

Der Vorstand.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Gemeinde Zwischenahn.

Die Liste der für die Kasse tätigen Zahnärzte u. Zahntechniker ist zu ergänzen:

Dentist Carl Meyer, Zwischenahn. Der Vorstand.

Krieger = Verein Edeweckt.

Am Sonntag den 20. Juli, abends 7 1/2 Uhr,

Berammlung

im Vereinslokale. Tagesordnung: 1. Neu- gewählter Vorstand, 2. Angelegenheit heimgekehrter Krieger (In- validen), 3. Wahl von Ver- tretern, 4. Vertreterfrage, 5. Neuwahl sämtlich. Aemter, 6. Aufnahme neuer Mit- glieder.

Kege Beteiligung erw. Der Vorstand.

Oldenburg. Nach fünfjähriger Tätigkeit als Assi- stentin, insbesondere an der Universitäts-Frauenklinik zu Marburg u. an der akademischen Kinderklinik (Professor Schloßmann) zu Düsseldorf, habe ich mich hier als

Aerztin

niedergelassen.

Dr. med. Charlotte Lehn.

Molkkestrasse 11. Fernruf 1290.

Sprechstunden: 9—11 vorm., 3—5 nachm.

Edeweckt.

Alle diejenigen Vereine und Korporationen, die sich für einen würdigen Empfang unserer demnächst zurück- kehrenden Kriegsgefangenen interessieren, werden gebeten, zu einer allgemeinen öffentlichen Bepreschung am Sonntag den 19. ds. Mts., abends 8 Uhr, in Mügge's Gasthof ihre Vertreter senden zu wollen.

Um allseitige Beteiligung wird dringend gebeten.

Kriegsgefangenen-Heimkehr Edeweckt. Der Ausschuß.

Gras-Verkauf.

Hausmann Gerh. Rabben in Halstrup läßt Donnerstag den 24. Juli, nachm. 3 Uhr, in seiner bei Wessels Hauje zu Westerstede be- legenen Wiese „Horsik“

4 Tagew. Gras, — gutes Kuhheu liefernd, — in Abteilungen öffent- lich meistbietend verkaufen. Verammlung an Ort und Stelle.

Brennholz-Verkauf.

Prima G. Taphorn, Essen (Oldbg.) läßt Montag, 21. Juli, nachm. 6 Uhr, beim Bahnhof Linswege

30 Antr. Tannen- u. Eichen-Brennholz öffentlich meistbietend verkaufen. Verammlung an Ort und Stelle.

Richard Müller.

Verkauf einer Gastwirtschaft mit Inventar.

Apen. Dritter und letzter Termin zum Verkaufe des dem Viehhändler J. S. Hinrichs und dem Unterzeichneten gebörenden, in Augustfehn belegenen

Augustfehner = Sois

mit dem gesamten Inventar nebst etwa 1.70 Hektar Ländereien steht an auf

Sonabend den 19. Juli, nachm. 4 Uhr, in dem Verkaufsobjekt.

In diesem Termine wird der Zuschlag bei an- nehmbarern Gebot bestimmt erfolgen. — Zahlungs- bedingungen äußerst günstig. Janssen, Autt.

Franenschutz.

Einzig existierende Gesin- dung. Säger u. garantiert unschädlich. Prospekt grat. Frau Effeketele, Bremen Brudenstr. 6.

Kriegsbeschädigten- Verein Westerstede.

Monats- Versammlung

am Sonntag, 20. Juli, nachm. 4 Uhr, im Vereinslokale (Denken).

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mit- glieder; 2. Bericht über den Ver- bandstag am 6. Juli in Oldenburg; 3. Sonstiges. Der Vorstand.

Prima Luftschläuche

sind wieder vorrätig.

Richard Müller.



Sportverein Westerstede.

Heute abend nach den Lebungsspielen

Berammlung.

Wegen der wichtigen Tagesordnung wird um zahlreich. Erscheinen gebeten

Kriegsbeschädigten Verein Zwischenahn.

Am Sonntag d. 20. Juli, nachm. 5 Uhr,

Versammlung.

Tagesordnung: Bericht über den Verbandstag. Gehung der Beiträge. Ber- schiebenes

Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend er- wünscht. Der Vorstand.

Torsholt. Ball

Am Sonntag den 20. d. M. Anfang 5 Uhr. Eintritt 1.50 Mk., wofür freier Tanz.

Es ladet freundlichst ein Hobbiejansen.

Osterscheps. Ball,

Am Sonntag den 20. d. M. Anfang 6 Uhr, wozu freundlichst einladet Fr. Harms.

R.-V. Ostfresia.

Sonntag den 20. Juli, im Decker'schen Saale

Hollen: Bunter Abend

verbunden mit

Ball.

Anfang 6 Uhr. Ihre Verlobung beehren sich anzusehen

Meta Puls Johann Bischoff Osterscheps

Mar Ballheimer,

/// Bankgeschäft, ///

gegründet 1895.

Barel i. Oldenburg.

Reichsbant-Giro-Konto. Postsparkonto Hannover 6219. Fernsprecher 12.

Eine Partie sehr preiswerter

Reichsware

eingetroffen.

Apen. J. H. Tebje.

Radhacken Kostümrocke

in großer Auswahl zu sehr vorteilhaften Preisen.

J. Bücking. Apen. J. S. Tebje.

Saalschießverein Zentrum, Helle.

Am Sonntag den 3. August:

Grosses Sommerfest,

verbunden mit

Breischießen.

9—12 Uhr morgens Verein schießen. 2—4 Uhr nachmittags Hauptschießen. Großartige Festfolge.

Konzert. — Karussell usw. am Plah. Weiteres wird noch bekannt gegeben.

Am Sonnabend den 19. d. Mis., abends 9 1/2 Uhr,

Versammlung.

Bepreschung des Sommerfestes. — Allseitiges Erscheinen erforderlich. Der Vorstand.

Rezitations-Abend

von Fernanda Ziemann-Einstmann aus Bremen am 19. Juli, abends 8 Uhr, im Meyer'schen Saale zu

Zwischenahn.

Vorträge moderner Dichtungen, Balladen u. Melodramen. Das Hegenlied v. Wildenbruch-Schillings. Klavierbegleitung von Frau Dr. phil. Bode. Eintritt 2 Mk.

Karten im Vorverkauf in Meyers Hotel



Godensholt, 15. Juli 1919.

Heute nachmittags 2 1/2 Uhr entschlief sanft und ruhig nach kurzer Krankheit unsere liebe gute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante, die

Witwe Thalhe Marie Gerdes-Sammen geb. Bäers in im Alter von 72 Jahren.

Die frauennden Angehörigen.

Die Bepreschung findet statt am Sonn- abend den 19. d. M., nachm. 8 Uhr.

Der Ammerländer

(Sprechers Nr. 5.)

erschint täglich mit Ausnahme des Tages nach Sonn- und Feiertagen.
Preis des Vierteljahrs durch die Post frei ins Haus bezogen 3,42 Mark, zum Abholen von der Post 3,00 Mark. Alle Postämter und Landbriefträger nehmen Bestellungen entgegen. Einlagegebühr für die einjährige Mitgliedschaft (ober deren Namen) für Abnehmer aus dem Reichsland Oldenburg 30 Pf., für außerhalb des Reichslands wohnende 35 Pf., Bestellungen kosten 1 Mk. die Post. Einlagen bis 9 Uhr vormittags am jeweiligen Drucktag; größere Einlagen werden am Tage vorher erbeten.
Für die Abgabe unerlangt eingehender Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. — Jedes Ansehen auf Rabatt geht verloren, wenn Anzeigen-Bestellungen durch gerichtliche Mittel erlangt werden müssen. — Rückverpflichtungen bei Aufgabe der Inseraten werden nach Möglichkeit berücksichtigt, eine Gewähr für den verlangten Platz wird jedoch nicht übernommen.

Nr. 166.

Westerstede, Sonnabend den 19. Juli 1919.

59. Jahrgang

Deutsche Nationalversammlung.

(58. Sitzung.)

OB. Weimar, 16. Juli.

In der heutigen Sitzung wird die Beratung des Verfassungsentwurfes fortgesetzt. Es liegt ein Antrag über Art. 113, der bestimmt: „Die Todesstrafe ist abgeschafft.“

Für und wider die Todesstrafe.

Mit der Beratung dieses Artikels verbindet der Präsident die Beratung über einen Antrag Agnes (N. Soz.) und Genossen zum Artikel 115 mit demselben Anhalt.

Abg. Einheimer (Soz.) führt aus, daß die Abschaffung der Todesstrafe eine alte Forderung freirechtlicher und religiöser Parteien ist. Der Einwand, sie nicht in der Verfassung niederzulegen, ist unsinnig, weil sie auch schon in der 1848er Verfassung ausgedrückt war; der beste Einwand, die „Serren Wäber“ sollten nicht die Abschaffung der Todesstrafe im Entwurf, ist nicht stichhaltig, da es Aufgabe des Staates ist, die Missetaten des Menschenlebens zu bestrafen; er muß den Grundgedanken vertreten, daß das Menschenleben an sich unverletzlich ist. Man hat gesagt, die Abschaffung der Todesstrafe widerspreche der Volksabstimmung. Das ist falsch; sie entspricht höchstens nicht der Stimmung kleiner Kreise des Volkes; heute ist der richtige Augenblick für die Verwirklichung der alten Forderung gekommen, nehmen Sie deshalb unseren Antrag an. (Beifall.)

Neuerungsminister Dr. Brentz: Eine auf den materiellen Wert des Antrages eingehende, bitte ich, den Artikel an Abschaffung der Todesstrafe nicht in die Beratung aufzunehmen. Über die Todesstrafe wird entschieden werden müssen bei der unbedingten notwendigen Vermeidung des Strafrechts. Ich glaube, daß die Entscheidung über die Todesstrafe am besten im Entwurf der Verfassung erlassen wird. Wir dürfen aber der Sozialgesetzgebung nicht vorzuziehen, nur in diesem Sinne trete ich für die Ablehnung des Antrages ein.

Abg. Dr. Duxinger (demokr. Vo.): Die Behauptung, daß die Gelehrten und die Wissenschaft sich über die Frage nicht einig seien, ist vollkommen unrichtig. Die Frage gehört nicht in die Verfassung, sondern in die Strafrechtsgesetzgebung. Die Verfassung ist für eine einzelne Partei, nicht für die Sozialdemokraten oder Demokraten, sondern für das deutsche Volk und dessen überwiegende Mehrheit ist gegen den Antrag (Beifall rechts, Unruhe und Lärm links, Zuruf: Schwarzrot!) gestellt.

Abg. Dr. Rahl (nationalist. Vo.): Der Antrag ist gewiss aus Idealismus eingegangen, aber Ort und Zeit für ihn sind nicht richtig gewählt. (Unruhe links.) Auch der Reichstagskommissar erkannte an, daß die Verfassung nicht der richtige Ort sei; der Anbruch eines schweren Verbrechens, nicht mit dem Tode bestraft zu werden, gehört doch wohl nicht zu den Grundrechten eines Volkes. (Sehr richtig! rechts, Lärm links, Zuruf: eines humanen Volkes!) Zum Zeitpunkt ist nicht die richtige Zeit im Zusammenhang mit der Vermeidung des Strafrechts gesetzt worden.

Abg. Dr. Cohn (N. Soz.): Die Abschaffung der Todesstrafe ist nicht eine Frage der Rechtspolitik, sondern eine Kulturfrage allerersten Ranges. Wir wollen Abbruch der Gewalt, Abbruch des Mordes, Schutz von Menschenleben gegen die Todesstrafe.

Abg. Hausmann (Dem.): Wir werden, um die Verfassung nicht noch weiter zu belasten, diesen wie alle neuen Anträge ablehnen; ich bin von jeher ein überzeugter Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe und werde es bleiben. Sie ist eine Kulturfrage, gehört aber nicht in die Verfassung. Diejenigen haben nicht das Recht, die Abschaffung der Todesstrafe zu verlangen, die fortgesetzt an die Gewalt appellieren und die Sandgrane für das beste Mittel erklären (Lärm links), auch diejenigen nicht, die Geismen erschließen lassen oder Offiziere, die ihre Pflicht tun, beim Schwimmen tödlichen und ertränken.

Abg. Franz Lott (Soz.): Diese Frage darf nicht vom juristischen, sondern muß vom reinen Menschlichkeitsstandpunkt aus beurteilt werden.

Abg. Dr. Kretsch (Deutschl. Vo.): Gefühlsmomente sprechen für die Abschaffung der Todesstrafe, denn sie ist grausam und schauerlich, aber es gibt nur einmal Verbrechen, die nur dadurch gestraft werden können, daß der Verbrecher das Leben, was er hat, hergibt, sein Leben. Gerade die letzte Zeit der Revolution ist der ungeheuerste Zeitpunkt, die Todesstrafe abzuschaffen. Die Revolution ist granitartig unangenehm mit Menschenleben. (Große Unruhe und Zuruf bei den N. Soz.: Der Krieg! Kriegsheer!) Die Bevölkerung lebt in schmerzlicher Angst um das, was noch kommen kann, und sie rechnet darauf, daß wir nicht aus Geiz und Verfassungsbewusstseins, was als Letztes geeignet ist, die Brutalität und Bestialität des Menschen in Strafen zu halten. (Beifall rechts, Unruhe, Lärm und Zuruf bei den N. Soz.) Damit schließt die Vernehmung.

Der sozialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Todesstrafe wird hierauf in namentlicher Abstimmung bei zwei Stimmenmehrheit mit 154 gegen 129 Stimmen abgelehnt.

Die Kino-Zensur.

Artikel 117 fordert das Recht der freien Meinungsäußerung aus und bestimmt dann weiter: „Eine Zensur findet nicht statt, doch können für Nichtstiele durch Gesetz abweichende Bestimmungen getroffen werden. Auch sind zur Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur sowie zum Schutze der Jugend und bei öffentlichen Schaustellungen und Darbietungen geeignete Maßnahmen zulässig.“

Ein Antrag Luchte und Genossen (Dem.) will die Möglichkeit einer Filmzensur dadurch beseitigen, daß er nur geeignete Maßnahmen zum Schutze der Jugend gegen Schund und Schund in Wort, Schrift und Bild, sowie bei öffentlichen Schaustellungen, Darbietungen und Lichtspielen zulassen will.

Ein Antrag Agnes u. Gen. (N. Soz.) will gleichfalls die Möglichkeit einer Filmzensur aufgehoben werden und im übrigen positiv bestimmen, daß öffentliche Schaustellungen und Darbietungen, insbesondere Lichtspiele für die Jugend

durch Geiz aus öffentlich gemeinnützigen Veranstaltungen von Vereinen, Körperschaften und Behörden vorbehalten werden können.

Im Verlaufe der Aussprache, bei der die Parteien der Rechten mit Nachdruck für die Filmzensur zum Schutze der Jugend und im Interesse des ganzen Volkes eintreten, kommt es zu einem Zusammenstoß des Abg. Cohn (N. Soz.), der dem Präsidenten mangelnde Unparteilichkeit vorwirft. Es entsteht Lärm im ganzen Saale. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen erklärt der Abg. Cohn, daß die Filmzensur politisch ausgenutzt werden könne. Bei der Reichstagswahl besuchte sogar ein Filmdeutscher, das aus dem Fonds des Reichspräsidenten, einer Art Korruptionsfonds, bestritten wird.

Ministerpräsident Bauer: In der ihm eigentümlichen Art hat der Abg. Cohn mir Informationen vorgetragen, ohne sie nachzuweisen. Seine Ausführungen über den Korruptionsfonds des Reichspräsidenten enthalten jeder Grund. Der Reichspräsident verfügt über einen Präsidentschaftsfonds von 500000 Mark. Selbst der Abg. Cohn muß zugeben, daß er davon nicht die Filmindustrie unterstützen kann. Aus dem Hilfsleistungsfonds der Reichsanleihe wird lediglich eine Informationsstelle über den Film unterhalten, die monatlich 400 Mark kostet.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* **Pensionsberechnung der Offiziere.** Nach einer amtlichen Bekanntmachung werden die Pensionsbeträge der Offiziere aus dem pensionsfähigen Dienstverdienst berechnet, das nach dem Offizierspensionsgesetz für die den Dienstgraden der Reichswehr entsprechenden Heeresdienststellen zugrunde gelegt wird. Während der Zugehörigkeit zur Reichswehr ist das Innehaben des Dienstgrades der Bestimmung der entsprechenden Dienststelle gleichzusetzen. Den Reichswehrdienstgraden entsprechen: Generalleutnant = Divisionkommandeur als Generalmajor, Oberst = Regimentskommandeur, Oberstleutnant = patentierter Oberstleutnant mit pensionsfähiger Aufgabe, Major = Bataillonskommandeur, Hauptmann = Oberleutnant, Leutnant denselben Chargen der entsprechenden Gehaltsklasse.

* **Verlegung von Gerichtssitzen.** Ein Gesetzentwurf wird den preussischen Justizminister ermächtigt, die mit Rücksicht auf die Ausübung des Friedensvertrages erforderlichen Änderungen des Sitzes und des Bezirkes preussischer Gerichte und die hierdurch notwendig werdende Aufhebung von Gerichten vorläufig vorzunehmen. Auch im belagerten Gebiet können Bezirke und Sitze der Gerichte abgeändert werden. Ferner werden Bestimmungen getroffen, um den Abtritt einstufiger Gerichts- sacheverordnungen in preussische Dienste zu ermöglichen.

* **Die Rückkehr der Kriegsgefangenen aus Frankreich** wird nächste Woche in großen Umfang erfolgen. Die für Nordwestdeutschland bestimmten Züge werden über Düsseldorf geleitet. Vom Sammlerlager aus geben sie über Halpe. Von dort soll die Entlassung der Kriegsgefangenen in die Heimat erfolgen. Der Abtransport der deutschen Kriegsgefangenen aus England wird auch sofort beginnen. In den nächsten 14 Tagen werden 52000 deutsche Geislinge über Holland heimgeführt.

* **Unzufriedenheiten im Leipziger Arbeiterrat.** Am Leipziger Arbeiterrat haben die Unabhängigen auf Grund ihrer zahlenmäßigen Überlegenheit sowohl das Präsidium, als auch das Hauptausführungsbüro, was zu einem Zusammenstoß mit den anderen Parteien führte. Jetzt haben die Mehrheitsfraktionen erklärt, daß sie ihre Mitarbeit einstellen, bis die Fraktion der Unabhängigen durch eine Reorganisation die Beteiligung aller Parteien im Verhältnis ihrer Stimme anerkennt.

* **Freistaat Birkenfeld.** Am Freistaat Birkenfeld ist die Trennung von Oldenburg durch Ausübung einer selbständigen Republik mit eigener Verwaltung im Verband des Deutschen Reiches vollzogen worden. Der neu gewählte Landesausschuß, bestehend aus 9 Sozialdemokraten, 10 Demokraten und Bauernbündlern und fünf Zentrumsvorstreitern, wird die Regierungsform bestimmen.

* **Die Unabhängigen und die Fernanmarschen.** Die Fraktion der Unabhängigen in der Preussischen Landesausschuss hat beschlossen, ihre Vertreter aus dem Untersuchungsausschuß wegen der Unruhen im Februar zurückzuziehen und sich an den Arbeiten des Ausschusses nicht weiter zu beteiligen. Als Vorwand für diesen Entschluß wird angegeben, daß einige Reugen zu den Januarereignissen vernommen werden sollen, die nach den Angaben des Berichterstatters von der Darstellung Eichborns sehr abweichende Angaben machen werden, ohne daß Eichborn bei diesen Vernehmungen zugegen sein könne.

Schweiz.

* **Die Eidgenossenschaft als Meinungsstaat.** Die eidgenössische Nationalversammlung überreichte eine Note, in der die Schweiz als Meinungsstaat des Abbruchs mit allen damit verbundenen Rechten und Vorzügen anerkannt wird, nachdem der Friedensvertrag ein bestehende Bedingungen enthält.

Großbritannien.

* **Das Volk in Waffen!** In Aberdeen hielt der zweite englische Oberkommandierende Sir Douglas Haig eine vielbeachtete Rede, in der er erklärte, jeder Her-

wachsende junge Engländer müsse im Gebrauch des Gewehres unterwiesen werden, damit, wenn die nächste große Probe komme, wie sie eines Tages sicher kommen werde, England eine Position in Waffen sei, bereit und vorbereitet, um sich dieser Probe gewachsen zu zeigen.

Aus In- und Ausland.

Hamburg. Reichspräsident Ebert und Reichswehrminister Noske trafen zu amtlichen Besprechungen in Hamburg ein und verweilten hier mehrere Stunden.

Genève D.-E. Die Gräflich-Schaffgotsche Verwaltung steht sich abzugeben, am 1. August ihre im Genévere Besitz gelegene Luthandra-Grube wegen mangelnder Förderung und infolge Unbotmäßigkeit der Arbeiterkraft still zu legen.

Sarawak. In der belandischen Volkstammer nach Militärpräsident Reich bekannt, daß General Rangin mitgeteilt habe, daß er die anlässlich des Streiks zu 2 bis 5 Jahren Gefängnis verurteilten Eisenbahner begnadigt hat.

Sutigar. Reichsarbeitsminister Schilde ist jetzt von seinem Amte als württembergischer Arbeitsminister entlassen worden.

Prag. Der Ministerpräsident der ungarischen gegenrevolutionären Regierung in Segedin, Karolai, ist zurückgetreten. An seine Stelle wird Deiner Karolai treten.

Amsterdam. Einer Neumeldung aus Delfingford vom 14. d. Mts. zufolge berichtet ein russisches Blatt, daß die Bolschewisten Kern und Kungur (Kreisstadt an der Bahnlinie Kern-Selaterinburg) genommen haben.

Gefährliche Erkrankung des ehemaligen Kaiserpaars. **Rotterdam.** Wie hier verlautet, hat der Arzt die Erkrankung des ehemaligen Kaiserpaars für lebensgefährlich erklärt. Die Kaiserin sei wie im vorigen Jahre erneut von einem Schlaganfall beunruhigt worden. Wilhelm II. sei nervös vollständig zusammengebrochen und aus körperlich erschöpft.

Der Handel mit Nordamerika.

Amsterdam. Wie das Pressebüro Radio aus Washington meldet, lautet die Ermächtigung zur Wiederaufnahme des Handels mit Deutschland dahin, daß es Personen innerhalb der Vereinigten Staaten gestattet wird, am und nach dem 14. Juli mit Personen, die in Deutschland wohnen, Handel zu treiben und sich mit ihnen in Verbindung zu setzen, sowie mit allen Personen Handel zu treiben und Verbindungen aufzunehmen, mit denen dies laut „Enemy Act“ verboten war.

Verlegung der Abstimmungsgebiete im September. **Paris.** Die Militärs haben beschlossen, eine Frist für die Ratifizierung bis zum 1. September zu gewähren. Nach Tage später sollen die Abstimmungsgebiete durch Entente-truppen besetzt werden.

Militärischer Schutz für die französischen Missionen. **Paris.** Im Kammerauschuß wurde mitgeteilt, den französischen Missionen in Deutschland werde auswärts der Schutz des französischen Soldaten in Berlin militärischer Schutz mitgegeben werden.

Zugelassene Verletzung der 14 Punkte. **Paris.** Wie jetzt bekannt wird, hat seinerzeit die Mehrheit der amerikanischen Friedenskommission bei Wilson gegen die Übertragung Kiautschou an Japan protestiert. Wilson erwiderte, es sei nötig, einen der 14 Punkte zu verletzen, um zu verhindern, daß Japan aus der Konferenz aussteige!

Verzögerung der Ratifizierung in Frankreich? **Paris.** Die Wähler halten anlässlich des Wiederstandes der Sozialisten gegen den Friedensvertrag eine Verzögerung der Ratifizierung und eine etwaige Änderung des Vertrages nicht für ausgeschlossen.

Niesenbergarbeiterstreik in England. **London.** 150 000 Bergarbeiter von West-Yorkshire haben infolge des Abbruchs der Verhandlungen, die mit dem Bergwerksbesitzern über die Entscheidung der Kohlenkommission geführt wurden, die Arbeit niedergelagt.

Verschiedene Meldungen. **London.** Ein deutscher Gefangener wurde von einem Kolben des Rottweil-Lager erschossen. Es verlautet, daß der Gefangene einen Zettel gegen den Posten warf.

Koblenz. Marckall hoch hat verfügt, daß die Kadettenanstalt Drantenstein bei Dies an der Lohn binnen zwölf Tagen aufgelöst wird und die Offiziere und Kadetten das beliebige Gebiet zu verlassen haben.

Wohnum. Das Generalkommando von Münster gibt bekannt, daß die Beschlagnahme der Zeitungen sozialistischer, kommunistischer und bolschewistischer Richtung in allen Bezirken zu erfolgen hat, über die der Belagerungsstand verhängt worden ist.

Hamburg. Nach den Bestimmungen der Waffenstillstands-Kommission sind bisher von den im Hamburger Hafen liegenden über in Hamburg beheimateten Schiffen 109 Dampfer mit einem Gesamttonnage von 116251 netto Kubikmeter an die Entente zur Ablieferung gekommen. Hieron entfallen auf die Hamburg-America-Linie 81 Dampfer mit 47 045 Kubikmeter.

Amsterdam. Die niederländische Telegrafenzentrale meldet drähtlos aus Washington, daß die vollständige Wieder- aufnahme des Handelsverkehrs zwischen Amerika und Deutschland nicht vor Mitte Winter zu erwarten sei.

Amsterdam. Aus Washington wird dröhtlos gemeldet, daß neun Divisionen zum Dienst in Europa abge- gangen sind.